

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Nachrichten Dresden
Herausgeber-Gesellschaft: 2644
Für die Redaktion: Nr. 20011
Schriftleitung u. Geschäftsstelle:
Dresden - K. 1, Marienstraße 24/25

Wegzugsgebühr vom 14. bis 21. Januar 1930 bei doppelseitiger Anfertigung frei laut 1.70 RM.
Wegzugsgebühr für Monat Januar 2.40 RM. einseitig, 3.40 RM. doppelseitig (ohne Poststellungsgebühren).
Eingelassene 15 Wp., außerhalb Dresden 20 Wp. Angelegenerlei: Die Angelegenen werden nach
Gebühren berechnet: die einseitige 30 mm breite Seite 25 Wp., für anderwärts 40 Wp. Familien-
angelegenen und Stellenanzeigen ohne Rabatt 15 Wp., außerhalb 20 Wp., die 30 mm breite Werbeanzeige
300 Wp., außerhalb 350 Wp. Offertengelder 30 Wp. Kusturliche Aufsätze gegen Vorabbezahlung

Druck u. Verlag: Siegfried & Reichardt,
Dresden, Spalders-Str. 1004 Dresden
Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unverlangte
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Tschechische Bühlarbeit in Sachsen

Minister Stramek spioniert bei den Lausitzer Wenden - Tschechenkronen zum Aufbau deutschfeindlicher Organisationen

Der „Professor aus Brünn“

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 25. Januar. Durch eine jetzt erst bekannt werdende Indiskretion des tschechisch-Lausitzer Blattes „Besník“ vernimmt die deutsche Öffentlichkeit mit Staunen, daß im letzten Jahre ein tschechischer Minister zur Organisation der tschechischen Propaganda und Vereine die Lausitz bereist hat. In wörtlicher Uebersetzung heißt es in dem Blatt: „An der diesjährigen großen „Drei“-Feier (katholische Sokols) in Prag beteiligte sich auch eine Abordnung aus der Lausitz, geführt von Professor J. Bryl aus Baugen. Die Teilnehmer wurden am Bahnhof vom Vertreter des A.-Cerny-Bereichs willkommen gehalten. Außer der üblichen Besichtigung Prags und der Umgebung, waren die Gäste aus der Lausitz im Prager Stadion als Zuschauer bei den Freilübungen der Drei anwesend und beteiligten sich am Umzuge. Prag nahm die Abordnung aus der Lausitz mit der gleichen Liebe an wie die sonstigen Besucher. Hierbei wurde auch über die

Uebersetzung der Dreilorganisation auf die Lausitz verhandelt. Als Auswirkung dieser Verhandlungen war die Reise des Ministers Stramek, des Vorstandes der Dreilorganisationen in der tschechoslowakischen Republik, Mitte Juli durch die wendisch-katholischen Dörfer der Lausitz anzupreisen. Der Professor aus Brünn interessierte sich für das Leben der Lausitz und war von seiner Reise sehr begeistert. Die wendische Geistlichkeit erhält nun vom tschechischen Dreiverein moralische und finanzielle Unterstützung für den Plan der Uebernahme der Organisation aus Böhmen. Ob es gelingen wird, dafür auch die katholischen Sokolvereine zu gewinnen, wo derzeit jähre Propaganda getrieben wird, ist eine Frage der Zukunft. Die Zerstückelung der einzelnen Organisationen in der Lausitz bedeutet immer einen Verlust, denn nur in der Einheit liegt die Kraft.“

Der Kern dieser aufsehenerregenden Mitteilung, die die „Berliner Börsenzeitung“ aufgreift, liegt darin, daß hier angegeben wird, daß ein tschechoslowakischer Minister Mitte Juli v. J. eine Reise durch die wendisch-katholischen Dörfer der sächsischen Lausitz gemacht hat. Er wohnte in dem sächsischen Kloster Marienstern, wo er unter dem Infotitolo eines Professors aus Brünn abgetarnt war und versucht hat, tschechische Organisationen auf deutschem Reichsboden zu gründen.

Die „Berliner Börsenzeitung“ meint, daß der gesunde Menschenverstand diesen Herrn Professor aus Brünn mit klaren dürren Worten als Spion bezeichnen und ihn auch danach behandeln würde. Es sei tief zu bedauern, daß die deutschen amtlichen Stellen damals die Angelegenheit nicht beachtet hätten, um den tschechoslowakischen, offensichtlich erfolgreichen Bemühungen einen Riegel vorzusetzen; insbesondere sei auch wichtig die zugegebene Tatsache der finanziellen Unterstützung gewisser Organisationen der Lausitz durch die tschechoslowakische Regierung.

Dem Auswärtigen Amt wird vollkommenes Versagen vorgeworfen, und die Frage gestellt, was wohl die tschechoslowakische Regierung tun würde, wenn ein deutscher Reichsminister wochenlang in Deutschböhmen, Deutschmähren usw. herumreisen würde und eine nationale Organisation, wie sie etwa der deutsche Stahlhelm ist, aufbauen, und dazu die finanzielle Hilfe der deutschen Reichsregierung zur Verfügung stellen würde. Schließlich wird an den unerhörten Fall des Buchhalters Grösel aus Weichen erinnert, der unter nichtigen Gründen als Spion verhaftet, festgesetzt und erst nach wochenlanger Haft freigelassen wurde. Der Fall Stramek beweise, wie die Gegenseite arbeite.

In einer halbamtlichen Stellungnahme zu dieser Meldung wird erklärt, daß der Vorfall damals zum Gegenstand einer Nachprüfung gemacht wurde. Dabei habe man nicht feststellen können, daß Minister Stramek eine Reise durch die Dörfer des deutschen Gebietes gemacht habe. Dieses halbe Dementi, das eigentlich nur behauptet, daß man nachträglich nichts herausbekommen hat, kann den Inhalt der Mitteilungen aus tschechischer Quelle natürlich nicht erschüttern.

Schutz dem deutschen Walde

Die Schönheit des deutschen Waldes, sein dunkles Grün, sein geheimnisvolles Rauschen, lebt und weht in der Volkspoesie, im Lied, in den Märchen, der Sage und den Legenden unseres Volkes. Der Baum, das Sinnbild der im Heimatboden verwurzelten Kraft, ist und bleibt uns stets gleichnis ungebrochenen Volkstums. Bis marck hat dieser feilschen Grundstimmung einmal drastischen Ausdruck verliehen, als er sich in leidenschaftlicher Empörung gegen den Beschluß seines Nachfolgers Caprivi wandte, der die alten großen Bäume vor dem Reichskanzlerpalais abholzen ließ, um mehr Licht für die Arbeitsräume zu bekommen. Der Alte aus dem Sachsenwalde brandmarkte diese Anordnung des neuen Reichskanzlers als einen Ausfluß undeutscher Gesinnung, den er Caprivi nie vergessen werde. Und wenn er auch mit diesem Temperamentsausbruch zu weit ging, so hat er doch nur ausgesprochen, was in der deutschen Volkseele lebt: die Ehrfurcht vor der symbolischen Bedeutung des Baumes.

Wir lieben und verehren den Wald aber nicht nur aus einer poetischen Grundstimmung heraus. Denn er ist mehr. Er ist ein hohes volkswirtschaftliches Gut. Und zwar von größerem Wert, als etwa der augenblickliche Nutzen, der sich aus dem Kahlschlag seines Holzbestandes erzielen ließe. Er regelt die klimatischen Verhältnisse, drainiert den Boden und bewirkt den richtigen Feuchtigkeitsgrad der landwirtschaftlich benutzten Flächen im weiten Umkreis. In feuchte Landstrichen werden entwässert, speichert doch ein einziger Nadelboden täglich etwa 150 Liter Wasser in sich auf, während in trockenen Jahren der landwirtschaftlich bebauete Boden aus den Wasservorräten des Waldes vor katastrophaler Dürre bewahrt wird. So hängt also ein bestimmtes Minimum an Wäldern auf das engste mit dem Gedeihen der Landwirtschaft zusammen. Und deshalb ist es eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, daß kein Baum abgeholzt werden darf, für den nicht eine Neupflanzung vorgenommen werden kann. Das ist das Prinzip jeder geordneten Forstwirtschaft. Deutschland besaß nach der letzten einwandfreien Statistik, die allerdings bereits im Jahre 1918 durchgeführt wurde, etwa 14 Millionen Hektar Wald, davon sind etwa 45 Prozent Privatbesitz, der hauptsächlich im deutschen Osten großes Ausmaß annimmt. Gegen den Privatbesitz haben sich nun in der letzten Zeit die heftigsten Angriffe der Linken gerichtet. Man wirft namentlich dem Großgrundbesitzer vor, er folge den Waldbeständen ab, um Bargeld in die Kassen zu bekommen. Die Folgen seien überschwemmte und verschlammte Böden, und es müßte daraus der Schutz gezogen werden, daß allein der Staat geeignet sei, die Forsten zu verwalten. Dazu ist zu bemerken, daß es richtig ist, daß in letzter Zeit Waldbesitzer, die ja zumeist auch gleichzeitig Landwirte sind, durch die auch von den Sozialdemokraten anerkannte Not der Landwirtschaft gezwungen worden sind, oft lediglich nur um den Betrieb über Wasser zu halten und die hohen Steuern zu bezahlen, tiefer in die Sparkasse „Wald“ zu greifen, als volkswirtschaftlich wünschenswert ist. Gewiß, es sind große Flächen abgeholzt worden, die nicht wieder aufgeforstet werden konnten. Aber es ist natürlich Demagogie, wenn die Berliner demokratische Presse dem „abligen Großgrundbesitzer“ die Schuld daran zuschieben möchte. Denn einmal ist nur die Hälfte des Privatwaldes in den Händen des Großgrundbesitzes und der bäuerliche Waldbesitzer ist ebenfalls durch die bitterste Not oft genug zur Rodung seines Waldes gezwungen worden. Zum anderen sind für die Kahlschläge im Privatbesitz, der doch an einer geordneten Wirtschaft in ebenso hohem Maße wie der Staatsbesitz interessiert ist, oft ganz andere Interessentengruppen beteiligt als die Landwirte. Die tieferen Ursachen zu klären ist notwendig, gerade weil ein dringendes Allgemeininteresse an der Erhaltung des deutschen Waldes besteht, namentlich auch im klimatisch benachteiligten und national gefährdeten deutschen Osten. Die Parole „Schutz dem Walde“ geht Stadt und Land gleichmäßig an, sie betrifft die Volksgesamtheit. Darum muß sie freigehalten werden von parteipolitischen Hebe gegen einzelne Berufsstände. „Schutz dem Walde“ muß gleichgesetzt werden mit „Schutz der deutschen Landwirtschaft“. Das aber ist gleichbedeutend mit „Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Rentabilität“. Heute geben auch einsichtige Sozialisten, wenn freilich etwas verständig, zu, daß diese Forderung auch im Interesse der städtischen Bevölkerung liegt, die, um Arbeit zu haben, auf einen kaufkräftigen Binnenmarkt angewiesen ist. Notwendig ist, daß die landwirtschaftlichen Erzeugnisse im Inland lohnenden Absatz finden. Wir haben in dieser Hinsicht auf die Notwendigkeit der Förderung des Roggenkonsums hingewiesen.

Aber das allein genügt nicht. Diepomern und die übrigen deutschen Grenzgebiete liegen darüber, daß beispielsweise die Verfrachtung der Kartoffel nach Berlin so teuer sei, daß nicht einmal mit dem Ertrags die Selbstkosten gedeckt werden können. Das ist natürlich ein unhaltbarer Zustand, der es aber erklärt, warum so viele Güter in immer tieferen Schulden geraten und schließlich den Besitzer wechseln.

Einigung über das Zündwarenmonopol

Ein Kompromiß der Regierungsparteien

Berlin, 25. Januar. Die Regierungsparteien hielten heute früh, noch vor Beginn der Sitzung des Haushaltsausschusses, eine interfraktionelle Besprechung ab, in der sie sich auf einen Kompromißantrag zum Zündwarenmonopol einigten. Danach bleibt das

monopolrechte Kontingent der Konsumvereine in der von der Regierungsvorlage vorgesehene Höhe bestehen (28 000 Normalstücken für die Hamburger, 2700 Normalstücken für die Kölner Organisation). Eine Mäßigung tritt aber ein bei den Steigerungsätzen, die die Regierungsvorlage alljährlich für die Kontingente vorgesehn hat. Der Steigerungsatz vermindert sich nach dem Kompromißantrag für die Hamburger Organisation von 945 auf 290 Normalstücken, für die Kölner Organisation von 56 auf 27 Normalstücken.

Die in der Vorlage vorgesehenen Kleinverkaufs Höchstpreise werden durch den Kompromißantrag zu Kleinverkaufspreisen schlechthin,

also zu Festpreisen gemacht, die nicht überschritten, aber auch nicht unterboten werden dürfen. Die Abweichung von diesen Preisen soll nach dem Kompromiß bestraft werden.

Der Festpreis soll 30 Pf. pro Paket betragen.

Schließlich ändert der Kompromißantrag die Regierungsvorlage in der Beziehung, daß an Stelle der vorgesehene Ermächtigung zum Erlass von Ausführungsverordnungen die Maßbestimmung ausgenommen wird: „Die Reichsregierung erläßt mit Zustimmung des Reichsrats Durchführungsvorschriften und Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz, insbesondere auch Vorschriften zur Sicherung der Dualität und über die Ausrottung der Zündwaren; Zuwiderhandlungen können mit Geldstrafe bedroht werden.“

Ein Herrer gibt sich als Außenminister aus

Berlin, 25. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Ein aufsehenerregender Vorfall spielte sich gestern abend im Palais des Reichspräsidenten ab. Der 36 Jahre alte Volontär Gulbisch legitierte sich beim Posten als Reichsaußenminister, der den Reichspräsidenten in wichtiger Angelegenheit sprechen wollte. Gulbisch führte dabei so wirre Reden, daß er in den Vorräumen angehalten und die Polizei in Kenntnis gesetzt wurde. Er wurde nach der Revierwache gebracht, wo der inzwischen herbeigerufene Arzt in ihm einen gemeingefährlichen Geisteskranken feststellte.

Breslau zahlt zu hohe Gehälter

Breslau, 25. Jan. (Eigene Drahtmeldung.) Der Breslauer Regierungspräsident hat, nachdem die Nachprüfung der Besoldungsordnung der Stadt Breslau vom August 1928 jetzt beendet ist, dem Magistrat eine Verfügung ausgehellt, in der er um weitgehende Abänderung der Besoldung ersucht. Der Verfügung ist eine genaue Zusammenstellung der nach der Ansicht der Aufsichtsbehörde zu viel gezahlten Bezüge beigefügt. Insgesamt

werden 2560 Beamte von diesen Maßnahmen betroffen. Nach den Schätzungen der Aufsichtsbehörde würden etwa 2 Millionen Mark an dem Personaletat der Stadt gespart werden, falls ihre Wünsche in vollem Umfange durchgeführt würden. In der Breslauer Stadtverordnetenversammlung kam die Verfügung bereits zur Sprache, und es wurde eine Kommission zur Nachprüfung eingesetzt. Sollten die städtischen Körperschaften nicht gewillt sein, die Vorstände des Regierungspräsidenten anzunehmen, dann würde der Bezirksausschuß zu entscheiden haben.

Schwarzfahrten werden mit Gefängnis bestraft

Berlin, 25. Jan. Im Reichstag ist ein Initiativgesetzentwurf von den Regierungsparteien, den Deutschen Nationalen und der Wirtschaftspartei eingebracht worden, wonach im Gesetz über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen folgender neuer Paragraph 20a eingefügt wird: Wer ein Kraftfahrzeug ohne Wissen und Willen des Fahrzeughalters in Benutzung nimmt, wird mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.